

Antrag

gemäß der Geschäftsordnung

Fraktion Bürgerlicher Aufbruch Mülheim an der Ruhr (BAMH)

Nr.: **A 20/0383-01**

Status: öffentlich

Datum: 29.05.2020

Einschränkungen des Amtes für Umweltschutz während der Corona-Krise

Antrag der BAMH-Fraktion

Beratungsfolge:

<u>Gremium:</u>	<u>Datum:</u>	<u>Status:</u>	<u>Zuständigkeit:</u>
Umweltausschuss	16.06.2020	Ö	Anhörung

Es wird beantragt:

Die Verwaltung soll in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Energie am 16.06.2020 berichten:

Zu welchen Einschränkungen kam es im Amt 70 während der Corona-Krise

1. Gab es in der betreffenden Zeit Einschränkungen bei der Bearbeitung der Pflichtaufgaben und wenn ja, in welchen Bereichen?
2. Waren Mitarbeiter des Amtes nicht verfügbar wegen Übernahme von Aufgaben in temporär gebildeten Organisationsstrukturen (z.B. Krisenstäben)?
3. War die Bearbeitung noch nicht abgearbeiteter Prüfaufträge und anderweitiger Aufträge an die Verwaltung während der Zeit seit dem 16.03.2020 eingeschränkt und wenn ja, warum?

Sachverhalt:

Die Verwaltung steht unter extremen Druck bei der Abarbeitung von Aufträgen, die durch Beschlüsse der Politik an die Verwaltung erteilt wurden. Wir möchten erfahren, wie und mit welchen Kapazitäten während der Krise an diesen Aufträgen weitergearbeitet werden konnte.

Frank Wagner
Fraktionsvorsitzender

Dr. Martin Fritz
Umweltpolitischer Sprecher